Gewalt über Weihnachten

Indiens AICU fordert Schutz für Christen

Für Christen in Indien war das Feiern von Weihnachten mit Vorsicht verbunden
Quelle: Unsplash / Andrea Leopardi

Die gezielte Gewalt gegen Christen in Indien hat sich während der Weihnachtsfeiertage deutlich verschärft. Die «All India Catholic Union» (AICU) hat die Regierung aufgefordert, Hilfe zu leisten und besseren Schutz zu gewährleisten.

Die Dachorganisation «All India Catholic Union» (AICU) hat die Regierung zum dringenden Eingreifen aufgerufen, um die Gewalt gegen Christen im Land zu stoppen, berichtet die Organisation «International Christian Concern» (ICC).

AICU hat im Jahr 2025 Hunderte von Vorfällen dokumentiert, darunter körperliche Übergriffe, Störungen von Gottesdiensten sowie den missbräuchlichen Einsatz

von Anti-Konversionsgesetzen. Demnach hätten die Angriffe insbesondere in Bundesstaaten wie Uttar Pradesh, Chhattisgarh und Madhya Pradesh zugenommen.

«Ehrliche Anerkennung nötig»

In einer Pressemitteilung stellte der Verband klar, dass symbolische Gesten einzelner nationaler Führungspersönlichkeiten – wie Weihnachtsgrüsse eines ehemaligen Richters oder die Teilnahme von Premierminister Narendra Modi an christlichen Gottesdiensten – ohne entschlossenes Handeln und rechtliche Reformen unzureichend seien.

«Die Gewalt und der Hass, mit denen Christen in Indien im Laufe des Jahres 2025, insbesondere während der Weihnachtszeit, konfrontiert waren, stellen nicht nur Angriffe auf Einzelpersonen dar, sondern auch auf das pluralistische Gefüge der indischen Gesellschaft. Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert eine ehrliche Anerkennung, echten politischen Willen und kollektives Handeln an der Basis.»

«Rechte jedes Bürgers geschützt»

Der nationale Präsident der AICU, Elias Vaz, äusserte den Wunsch, dass das neue Jahr konkrete Massnahmen mit sich bringe, um die Rechte jedes Bürgers vor Hass und Diskriminierung zu schützen.

«Gemeinsam können wir durch Einheit, Bildung und Engagement daran arbeiten, ein Indien zu schaffen, in dem Vielfalt gefeiert wird und die Rechte jedes Bürgers vor Hass und Diskriminierung geschützt sind.»

Gleichstellung gefordert

Die Organisation kritisierte zudem Hassreden sowie die Einschränkungen für NGOs durch den «Foreign Contribution Regulation Act», der ausländische Finanzierungen regelt. In diesem Zusammenhang forderte sie eine Charta für 2026 zum Schutz der verfassungsmässigen Rechte, der Minderheiten und der Laizität in Indien.

Ausserdem rief sie dazu auf, jegliche Einmischung in christliche Schulen zu beenden, etwa durch Druck in Bezug auf Feiertage oder Lehrpläne. Mit dem Hinweis auf den bedeutenden Beitrag der christlichen Gemeinschaft im Bildungs-

und Gesundheitswesen forderte sie die Gleichstellung der Rechte.

Lage verschlechterte sich zuletzt

Das Klima der Gewalt wird durch Hassreden und Fremdenfeindlichkeit von Führungspersönlichkeiten der politischen Parteien Bharatiya Janata Party und Sangh Parivar weiter angeheizt.

Laut «Open Doors» (auf dessen Weltverfolgungsindex Indien auf Rang 11 liegt) haben sich die Angriffe auf Christen seit dem Amtsantritt von Präsident Narendra Modi, der 2024 erneut bestätigt wurde, vervielfacht. Trotz der säkularen Verfassung bestehen in 13 Bundesstaaten Anti-Konversionsgesetze. «Radikale Hindus verbreiten eine Ideologie (Hindutva), die gegenüber Christen (und Muslimen) intolerant ist, und üben Gewalt sowie Desinformation mit völliger Straflosigkeit aus», erklärte die Organisation.

Zum Thema:
Lebenslange Haft möglich: Indischer Staat mit hartem Anti-Konvertierungsgesetz
Signalurteil in Indien: Freispruch nach falschen Bekehrungs-Vorwürfen
Mayuri Sharma: Aus der Brahmanenkaste zu Jesus

Datum: 13.01.2026
Autor: Elormise Pierre / Daniel Gerber
Quelle: Info Chrétienne / Übersetzung: Livenet

Tags
Feiertage
Asien
Verfolgung
Kirchen und Werke